

Haushalt 2007

Generaldebatte am 23.01.2007

Antworten zu den Anträgen, Anfragen, Anregungen...

Anfrage CDU/UB 1/2007

Streichung von Zugverbindungen nach Kürzung der Regionalisierungsmittel

Für Baden – Württemberg wurden die Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonenverkehr durch den Bund deutlich gekürzt.. Als Folge werden Zugverbindungen gestrichen werden, u.a. auch auf der Strecke Stuttgart – Ulm.

Ist der Verwaltung schon bekannt, wie sich die angekündigte Streichung der Zugverbindungen auf den Bahnhofpunkt in Reichenbach auswirkt? Sofern künftig weniger Züge in Reichenbach halten sollten, ist alternativ an eine Verbesserung der Busverbindungen gedacht?

Antwort:

Zuständig: Frau Eberlein

Die Fahrpläne wurden den Fraktionsvorsitzenden am 24.1. zur Verfügung gestellt.

Ergebnisse der Fahrplankonferenz in einer Tischvorlage am 13.02. (FPK ist am 09.02.)

Antrag CDU/UB 2/2007

Sanierung Zentrum Süd – Quartier am Rathaus:
Mehr Sicherheit durch Rolltor für Tiefgarage

An der sich im Bau befindlichen öffentlichen Tiefgarage soll aus Sicherheitsgründen für die Benutzer ein Rolltor sowie elektrische Türen angebracht werden; der Zutritt und die Einfahrt sollen nur über eine Zugangskontrolle möglich sein.

Antwort:

Zuständig: Herr Steiger

Dieses Objekt wird von einem privaten Investor gebaut. Die Gemeinde erwirbt lediglich 41 öffentliche Stellplätze im Teileigentum. Die restlichen TG-Stellplätze werden von der FWD-Wohnbau an die Wohnungseigentümer mitverkauft. Bestandteil der Kaufverträge ist der Aufteilungsplan und die Baubeschreibung. Hier sind keine Rolltoranlagen und auch keine elektrischen Türen aufgeführt und können entsprechend auch nicht eingebaut werden.

Um die Sicherheit in der Tiefgarage gewährleisten zu können, soll eine Videoüberwachung mit Aufzeichnung installiert werden. Bei Bedarf können dann die Aufzeichnungen entsprechend verwendet werden. In anderen Städten und Gemeinden wird diese Lösung erfolgreich praktiziert.

Antrag CDU/UB 3/2007

Neuer Vereins - Infostand

Anstatt der seitherigen Informationstafeln für die Vereine und Organisationen soll die Anschaffung von alternativen, ggf. elektronischen Informationsmöglichkeiten geprüft werden.

Antwort:

Zuständig: Frau Hollatz

Mit der AGRV sind in einem Gespräch neue Standorte für die Veröffentlichung von Informationen besprochen worden, da der seitherige Standort durch das Entstehen der öffentlichen Tiefgarage nicht beibehalten werden kann.

In Abhängigkeit von der Festlegung dieses neuen Standortes wird dann auch der Einsatz von elektronischen Medien geprüft. Die Arbeitsgruppe für die Freiflächenplanung in der Ortsmitte hat sich bereits damit befasst.

Ergebnisse werden in einer Gemeinderatssitzung vorgestellt.

Antrag CDU/UB 4/2007

Optimierungsmaßnahmen im Ratssaal

Weder sorgen der Einsatz des vorhandenen Tageslichtprojektors noch Beamers derzeit für eine optimale Darstellungs- und Informationsmöglichkeit für Gemeinderat, Besucher und Presse. Wir bitten zu prüfen, ob diese Situation nicht in einem überschaubaren finanziellen Rahmen verbessert werden könnte.

Antwort:

Zuständig: Herr Häußermann

Die technische Ausstattung des Ratsaales entspricht dem Standart der 60er Jahre, in denen das Rathaus erbaut wurde.

Inzwischen hat sich die Technik und der Standart weiterentwickelt, so dass sich der Einsatz moderner EDV mit der vorhandenen Ausstattung nicht befriedigend umsetzen lässt.

Die Verwaltung wird einen Vorschlag ausarbeiten und dem Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung vorlegen.

Anregung CDU/UB 5/2007

Zwischenbericht Freibadsanierung

Im Vorjahr galt es, insbesondere die Freibadsanierung zu finanzieren. Wir hoffen, dass unser dafür festgelegtes Limit von 2 Mio. EUR nicht wesentlich überschritten wird. Dazu bitten wir alsbald um einen kurzen Zwischenbericht.

Antwort:

Zuständig: Frau Hollatz

Ein Zwischenbericht über den finanziellen Stand bei der Sanierung des Freibades ist bereits für die Gemeinderatssitzung im März terminiert.

Ein früherer Zeitpunkt war nicht möglich, da zu wenige Gewerke schlussgerechnet waren.

Antrag SPD 1/2007

Infrastrukturplanung bis 2030 – das knappe Geld in die richtigen Investitionen lenken

Reichenbach verändert sich bis zum Jahr 2030 in seiner Bevölkerungsstruktur. Diese demographische Veränderung hat Auswirkungen auf zukünftige Planungen und Investitionen. Hierzu bedarf es einer soliden Datengrundlage., z. B der Bevölkerungsstruktur in den verschiedenen Zeitabschnitten, des Bedarfs entsprechender Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Einrichtungen für alte Menschen, Die Infrastrukturplanung ist mit Hilfe des Datenmaterials des Statistischen Landesamtes zu erstellen.

Antwort:

Zuständig: Herr Häußermann

Zur Veranschaulichung der demografischen Veränderungen in Reichenbach an der Fils bis zum Jahr 2030 wird die Verwaltung das Datenmaterial des Statistischen Landesamt aufarbeiten und mit dem jährlichen statistischen Bericht vorlegen.

Derzeit wird im Rahmen der Einführung eines grafischen Informationssystems bei der Gemeindeverwaltung eine technische Verbindung zwischen den Daten des Vermessungsamtes und den Daten des Meldeamtes realisiert.

Sobald diese technische Umsetzung stattgefunden hat, können diese statistischen Angaben und Grundlagen nicht nur gemeindebezogen, sondern auch gebietsbezogen dargestellt werden.

Die Verwaltung rechnet damit, dass bis April/Mai diese technische Umsetzung stattgefunden hat.

Antrag SPD 2/2007

Energiemanagement der kommunalen Liegenschaften

Die Verwaltung hat sich mehrfach bemüht, in Reichenbach ein kommunales Energiemanagement einzurichten, leider bisher ohne bleibenden Erfolg. Energiemanagement soll bewirken, dass die in den kommunalen Liegenschaften vorhandene Technik so effizient wie möglich genutzt wird. Dabei wird der Energieverbrauch regelmäßig überwacht, die Reglereinstellungen optimiert, die Nutzer sensibilisiert und die Hausmeister in ihren Anlagen geschult. Hauptakteure sind dabei die Hausmeister. Sie benötigen dazu aber fachliche Unterstützung, die beispielsweise die Landesenergieagentur KEA anbietet. In Plochingen oder Altbach hat die KEA bereits den Auftrag von der Verwaltung, den Betrieb der Liegenschaften zu optimieren. Da die Vergütung auf Erfolgsbasis erfolgt, ist das Risiko für die Verwaltung nahezu Null. Hier bietet sich für die Gemeinde die Chance, einerseits einen bescheidenen Beitrag zur Kostensenkung zu erwirtschaften und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Die derzeitigen Aktivitäten des Umweltzivilisten zur Einführung einer Energieleitlinie für Reichenbach ist hierfür eine ideale Grundlage.

Wir beantragen, dass die Verwaltung bei der KEA ein Angebot für Energiemanagement einholt und im Gemeinderat vorstellt.

Antwort:

Zuständig: Frau Hollatz

In der Gemeinderatssitzung März wird der neue Energiebericht vorgestellt, der von dem Zivildienstleistenden im Bauamt Herrn Schmid im Moment erarbeitet wird.

In diesem Zusammenhang ist auch angedacht, das Angebot von der KEA vorzustellen.

Antrag SPD 3/2007

Fernwärmenutzung prüfen

Die Verwaltung soll mit der ENBW und den umliegenden Gemeinden klären, unter welchen Bedingungen sich die Nutzung der Fernwärme östlich des Kraftwerkes Altbach/Deizisau lohnen würde. Die Ergebnisse sollen durch die ENBW im Gemeinderat vorgestellt werden.

Begründung:

Ein verantwortlicher Umgang mit Energie setzt voraus, dass möglichst wenig Abwärme an die Umwelt abgegeben wird. Aus energiepolitischen Gründen, insbesondere dem verantwortungsvollen Umgang mit den entsprechenden Ressourcen ist zu prüfen, ob die vorgehaltene Kapazität der Fernwärmeauskopplung auch in den Gemeinden östlich des Kraftwerkes Altbach/Deizisau, z.B. auch in Reichenbach, genutzt werden kann.

Antwort:

Zuständig: Herr Steiger

Die Gemeindeverwaltung richtet eine schriftliche Anfrage an die EnBW Kommunalbetreuung und bittet um eine entsprechende Stellungnahme wie im Antrag dargestellt. Die Stellungnahme wird den Fraktionen im GR zur Kenntnis gegeben.

Im Ältestenrat wird darüber entschieden, ob auf Grundlage der Stellungnahme eine Beratung im Gemeinderat stattfinden soll.

Antrag SPD 4/2007

Schulentwicklung

Die Verwaltung räumt den Reichenbacher Schulen jährlich in einer GR-Sitzung die Möglichkeit ein, über die Schulentwicklung und damit verbundene kurzfristige, mittelfristige und langfristige Projekte und Vorhaben zu berichten und eine darauf basierende Prioritätenliste vorzustellen.

Im sächlichen Bereich der Schulträgerschaft sollen die Finanzmittel sinnvoll und effizient eingesetzt werden. Dazu ist es notwendig, kurzfristige, mittelfristige und langfristige Überlegungen bzgl. der Schulentwicklung von der jeweiligen Schulleitung zu erfahren. In einer GR-Sitzung soll turnusgemäß der / die Schulleiter/in darüber berichten. Diese Vorgehensweise erhöht die Transparenz, das gegenseitige Verständnis und ist Basis dafür, dass der Gemeinderat die notwendigen Finanzmittel bereitstellen kann, um so die Qualität unserer Schulen zu unterstützen.

Antwort:

Zuständig: Herr Häußermann

Die Verwaltung wird mit den Rektoren die Vorgehensweise hinsichtlich der beantragten jährlichen Berichterstattung über die Schulentwicklung und der damit verbundenen kurzfristigen, bzw. mittelfristigen oder langfristigen Projekte und Vorhaben besprechen und das Gremium entsprechend informieren.

Antrag SPD 5/2007

Begehbares, barrierefreies Ortszentrum in Reichenbach

Bei allen neuen Planungen und Sanierungen ist im Ortszentrum darauf zu achten, dass auch gehbehinderte Menschen mit ihren entsprechenden Hilfen problemlos und ungehindert die öffentlichen Einrichtungen und Einrichtungen des täglichen Bedarfs erreichen können.

Antwort:

Zuständig: Frau Hollatz

Es wird immer bei neuen Planungen auch an gehbehinderte Menschen gedacht.

Bei der Planung der neuen Ortsmitte ist dieses Thema bereits angesprochen worden, da die neue öffentliche Tiefgarage keinen Aufzug erhält. Deshalb ist angedacht, dass bei weiterem Bedarf, ein weiterer oberirdischer Stellplatz als Behindertenstellplatz ausgewiesen wird.

Antrag SPD 6/2007

Diakoniestation zukunftsfähig ausrichten

Um die ambulante Pflege in Reichenbach sicher zu stellen, sollen die Veränderungsmöglichkeiten der Diakoniestation aufgezeigt werden.

Antwort:

Zuständig: Herr Häußermann

Die Verwaltung wird mit der Diakoniestation Möglichkeiten hinsichtlich der Sicherstellung der ambulanten Pflege in Reichenbach an der Fils diskutieren und das Ergebnis dem Gremium vorlegen.

Antrag SPD 7/2007

Beitragfreies letztes Pflicht-Kindergartenjahr

1. Die SPD-Gemeinderatsfraktion möchte wissen, welche Kosten dadurch der Gemeinde entstünden.
2. Schwerpunkt dieses Jahres wäre die Weiterentwicklung der Schulreife und der Sprachfähigkeit in enger Zusammenarbeit mit der Schule.

Deshalb fordert der Gemeinderat von der Landesregierung die Bereitstellung der notwendigen Mittel, da diese Aufgabe eindeutig die Bildung unserer Kinder fördert und damit Sache des Landes ist. Zudem hat die Landesregierung sich zum Ziel gesetzt, Kinder deutlich früher einschulen zu können. Dies ist nur mit einer entsprechenden Förderung erreichbar.

Antwort:

Zuständig: Frau Weidenbacher-Richter

Derzeit besuchen 75 Kinder, die zwischen dem 1. September 2000 und dem 30. September 2001 geboren sind, bzw. ggf. ältere zurückgestellte Kinder, die zum Schuljahr 2007/2008 eingeschult werden.

Hierfür entstehen insgesamt Elternbeiträge in Höhe von 49.981,20 €.

Generell kann pro Jahrgang von Einnahmen in Höhe von rund 50.000 € Elternbeitrag ausgegangen werden.

Beitragsfreiheit im letzten oder auch in allen Kindergartenjahren führt zu einem entsprechenden Einnahmeverlust, der gegenfinanziert werden muss.

Antrag SPD 8/2007

Schulturnhalle – neue Finanzierungsmodelle prüfen

Die Verwaltung wird aufgefordert vor einer Sanierung der Schulturnhalle mit interessierten Vereinen nach neuen Finanzierungsmodellen, z.B. PPP Gemeinde und Vereine, ... zu suchen.

Knappes Geld auf Gemeinde- und Vereinsseite sollte möglichst effektiv verwendet werden, um gewünschte und „notwendige“ Hallenkapazitäten über den Bedarf des Schulsports hinaus zu schaffen.

Antwort:

Zuständig: Herr Steiger

Eine Sanierung der Schulsporthalle ist im Finanzplan bis 2010 nicht vorgesehen. Lediglich im Haushaltsjahr 2008 ist eine unumgängliche Erneuerung der Heizungsanlage eingestellt.

Die Gemeindeverwaltung wird Kontakt mit allen Nutzern der Sporthallen aufnehmen, um die Bereitschaft zur Mitfinanzierung von erweiterten Hallenkapazitäten abzufragen.

Über das Ergebnis der Umfrage wird im Gemeinderat berichtet.

Antrag SPD 9/2007

Fahrplanausdünnung Filstaltakt

Wir fordern die Verwaltung auf, alles zu unternehmen, um eine Kürzung des Angebots zu verhindern. Es ist zu befürchten, dass besonders die RB Verbindungen Plochingen – Geislingen von dieser Kürzung betroffen sein werden.

Die Gemeinde Reichenbach hat in der Vergangenheit alles getan, um die Attraktivität des ÖPNVs zu verbessern. Dabei wurde auf eine Verknüpfung von Schiene und Ortsbus besonders Wert gelegt, um ein Parallelangebot zu vermeiden. Diese Bemühungen werden durch die geplanten Maßnahmen konterkariert. Dass es auch anders geht, zeigen benachbarte Bundesländer.

Die Verwaltung soll diese Haltung in den geplanten Fahrplankonferenzen entsprechend mit Nachdruck vertreten.

Antwort:

Zuständig: Frau Eberlein

Die Fahrpläne wurden den Fraktionsvorsitzenden am 24.1. zur Verfügung gestellt.

Ergebnisse der Fahrplankonferenz in einer Tischvorlage am 13.02. (FPK ist am 09.02.)

Antrag SPD 10/2007

Wind- und Wetterschutz an Gleis 1

Wir fordern die Verwaltung auf, nach einer Übergangslösung bis zur Umsetzung des Filstalprogramms ab dem Jahr 2008 zu suchen, z.B. durch die Aufstellung nicht mehr benötigter Buswartehäuschen (z. B. Stuttgarter Straße, ...).

Nach dem Abbau der Überdachung am Bahnhof und der eher vagen Umsetzung des Filstalprogramms ab dem Jahr 2008 ist für die Bahnnutzer eine Übergangslösung notwendig, die schnellstmöglich und kostengünstig umgesetzt werden sollte.

Antwort:

Zuständig: Frau Eberlein

S. Tischvorlage der Gemeinderatssitzung am 23.01. (Bekanntgabe). Besichtigung des Bahnhofsbereiches am 06.02. im Rahmen einer ATU-Sitzung. Die Gespräche mit der Bahn (Station und Service) und dem Projektmanager werden weitergeführt, ob hier nicht vor dem Baubeginn Filstalprogramm schon die Errichtung des Wartebereiches vorgezogen werden kann.

Anregung SPD 11/2007

Gemeinsame Jahreskarte für Freibad und Hallenbad

Vielleicht gelingt es durch interkommunale Zusammenarbeit dieses Freibad noch attraktiver werden zu lassen, so dass mit einer Jahreskarte das Schwimmen im Freibad im Sommer und in einem Hallenbad der näheren Umgebung in den anderen Jahreszeiten möglich wird.

Antwort:

Zuständig: Herr Steiger

Die Betreiber von Freibädern und Hallenbädern in der näheren Umgebung von Reichenbach führen seit Herbst 2005 Gespräche über verschiedene Kooperationsformen. Erste Ergebnisse brachte eine gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln 2006, die zu deutlich geringeren Preisen geführt hat. Auch für 2007 ist dies geplant. Die Gemeinde Reichenbach an der Fils wird ebenfalls daran teilnehmen.

Als weitere Schritte sind die Einführung einer gemeinsamen Eintrittskarte für die Freibäder und ggf. auch für Hallenbäder geplant, wobei die Umsetzung noch sehr vieler Absprachen bedarf.

Sobald erste konkrete Ergebnisse vorliegen, wird der Gemeinderat darüber informiert.

Anregung SPD 12/2007

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Um den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements aufzuwerten, sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht jährlich im Rahmen des Abends der Vereine, ein Projekt des bürgerschaftlichen Engagements ausgezeichnet werden könnte.

Antwort:

Zuständig: Frau Weidenbacher-Richter

Auch die Verwaltung unterstützt und fördert das bürgerschaftliche Engagement. Es ist durchaus vorzustellen, dass jährlich ein Projekt besonders hervorgehoben und ausgezeichnet wird.

Die konkrete Ausgestaltung und die Auswahl des auszuzeichnenden Projektes sowie die Festlegung der Rahmenbedingungen wird zur weiteren Beratung in den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Anregung SPD 13/2007

Umwandlung Krankenpflegeverein

Um neue Wohnformen für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger weiter zu entwickeln, auf der anderen Seite aber auch dem Krankenpflegeverein wieder neu zu beleben, könnten wir uns sehr gut vorstellen, dass dieser Verein in eine Stiftung umgewandelt werden könnte, um aus den Erträgen des Stiftungskapitals hier eine koordinierende Teilzeitstelle zu schaffen.

Antwort:

Zuständig: Herr Häußermann

Die Verwaltung wird die rechtliche Seite hinsichtlich der Umwandlung eines Vereins zu einer Stiftung prüfen und darstellen, welche Voraussetzungen damit verbunden sind. Anschließend ist auf dieser rechtlichen Grundlage mit dem Krankenpflegeverein eine entsprechende Umwandlung in eine Stiftung zu diskutieren und gegebenenfalls umzusetzen.

Die Verwaltung wird die jeweiligen Verhandlungsschritte dem Verwaltungsausschuss, bzw. dem Gemeinderat vorstellen.

Anregung SPD 14/2007

Förderung der Berufsfähigkeit, Zusammenarbeit lokaler Einrichtungen,
Begabtenförderung

Ein weiterer Schwerpunkt könnte die Förderung der Berufsfähigkeit unserer Hauptschüler durch einen Pakt mit Industrie und Ausbildungsbetriebe sein. Hier könnte die Gemeinde als Katalysator wirken. Aber auch die Begabtenförderung wollen wir nicht außer acht lassen. Nicht zu vergessen, dass Musik und Kunst eine wichtige Rolle in der Förderung von jungen Menschen spielen. Hier sollte über geeignete Formen der Zusammenarbeit lokaler Einrichtungen mit den Schulen nachgedacht werden.

Antwort:

Zuständig: Herr Häußermann

Die Förderung der Berufsfähigkeit, bzw. Zusammenarbeit lokaler Einrichtungen und die Begabtenförderung wird mit der Hauptschule erörtert.

Im zweiten Schritt werden mögliche geeignete Formen der Zusammenarbeit lokaler Einrichtungen mit den Schulen ausgearbeitet und der Kontakt zur WIR-Gruppe, bzw. darüber hinaus mit der örtlichen Industrie, bzw. den Ausbildungsbetrieben hergestellt.

Der Verwaltungsausschuss, bzw. der Gemeinderat werden entsprechend informiert.

Antrag FW 1/2007

Überprüfung von Verkehrseinrichtungen

Die Einmündungsbereiche Im Massau und Rechbergstraße mit der Siegenbergstraße sind baulich so gestaltet, dass sie gemäß § 10 der StVO mit keinen weiteren Verkehrszeichen (Vz. 205/Vz. 306 zur Anlage der StVO) ausgeschildert sein müssen.

Verkehrszeichen Nr. 260 in Höhe von Gebäude 6 der Lützelbachstraße hat kein festes Fundament mehr und sollte daher neu einbetoniert werden.

Etwa in Höhe der Ulmerstraße 23 war noch vor Jahren das Gebotszeichen zur Fahrt „Geradeaus“ angebracht, das nach Abschluss der Umbauarbeiten an der Ulmer-/Blumenstraße nicht wieder aufgestellt worden ist.

Aufgrund von wiederholten verkehrswidrigen Beobachtungen wäre es jedoch zwingend notwendig, dieses Gebotszeichen wieder zu installieren, um das verkehrsbeeinträchtigende Linksabbiegen zur Seestraße hin zu unterbinden.

Die Anlieger der Friedhofstraße würden es begrüßen, wenn der Einmündungsbereich Gerber-/Friedhofstraße durch die Installierung eines Verkehrsspiegels verkehrssicherer gestaltet werden könnte. Sie begründen ihr Anliegen mit der ungenügenden Sicht von der Friedhofstraße aus nach rechts in die Gerberstraße.

Nach der Fertigstellung der Parkplätze auf dem Eckgrundstück Stuttgarter-/Schillerstraße ist die noch vorhandene weiße Schraffierung zu entfernen.

Antwort:

Zuständig: Frau Eberlein

VZ im Bereich der Siegenbergstraße wurden auf Anordnung der Verkehrsbehörde zur Unterstützung der vorhandenen Verkehrsregelungen angeordnet.

VZ in der Lützelbachstraße: Bauhofauftrag ist bereits erteilt.

VZ in der Ulmer Straße wurde schon einmal mit der Verkehrsbehörde diskutiert, wir werden es nochmals bei der nächsten Verkehrsschau ansprechen.

Verkehrsspiegel Friedhofstraße: Vorschlag wurde bereits vom Ordnungsamt an die Verkehrsbehörde weitergegeben.(12.12.2006) Wird bei der nächsten Verkehrsschau abgehandelt.

Auch die restlichen Punkte werden bei der Verkehrsschau am 7.02.2007 geklärt. Ergebnis in der Sitzung des ATU am 13.03.2007.

Antrag FW 2/2007

Hermann-Traub-Stadion: hier Tartanbahn

Der Zustand der Tartan-Bahn im Hermann-Traub Stadion ist schon seit Jahren als nicht zufrieden stellend zu bezeichnen.

Um nicht weitere Schäden an der Bahn zu erhalten, ist eine fachgerechte Reinigung unbedingt erforderlich.

Im Interesse der Schulen, dem AST, der Leichtathletikabteilung des Turnvereins und den Sportabzeichenabsolventen bitten wir diese Spezialreinigung baldmöglichst durchzuführen.

Antwort:

Zuständig: Herr Steiger

Im Haushaltsplan 2007 sind für die Durchführung einer Reinigung keine Mittel bereitgestellt.

Nach der Reinigung müssen alle Markierungen erneuert werden. Die Kosten für Reinigung und Neumarkierung belaufen sich auf ca. 15.000 € (Kostenanfrage 2005 nach Einheitspreisen).

Mittelfristig ist eine Spezialreinigung durchzuführen um die Funktion der Kunststoffbahn zu gewährleisten.

Antrag FW 3/2007

Uferböschung Lützelbach an der Neuwiesenstraße

Die Holzbarrieren an der Uferböschung , und zwar auf der Höhe Neuwiesenstraße 39-43, sind seit Jahren zum wiederholten Male mutwillig beschädigt worden.

Um dieser ständigen Beschädigung Einhalt zu gebieten wird beantragt, eine massive Barriere aus Metall installieren zu lassen.

Antwort:

Zuständig: Herr Ebinger

Nach Ermittlung der anfallenden Kosten für die Auswechslung des bestehenden Holzgeländers mit einem neuen Stahlgeländer bzw. mit einem Stahlgitterzaun soll die weitere Vorgehensweise im Ausschuss für Technik und Umwelt beschlossen werden.

Anregung FW 4/2007

Sperrung des Filssteges

Unabhängig von dieser Sanierung bitten wir zu prüfen, ob der bestehende Fußweg an der Fils, zwischen Steg und Bruckwasen, ausgebessert werden kann.

Antwort:

Zuständig: Herr Ebinger

Der Fußweg (Flst. 1097/1, 1097/5, 1099/2) befindet sich in einem begehbaren Zustand.

Die sich im Wegabschnitt zwischen Bruckwasen und Brücke über den Reichenbach befindenden Schlaglöcher werden ausgebessert und die Uferbepflanzung entlang des Weges wird auch künftig regelmäßig zurückgeschnitten.

Anregung Grüne/URB 1/2007

Vereinsförderung

Mit der Sanierung der Sporthalle müssen wir die Vereinsförderung neu ordnen

Antwort:

Zuständig: Herr Steiger

In der Klausurtagung am 18.06.2005 wurde das Thema Hallengebühren und Vereinszuschüsse behandelt, nachdem es auch schon während den Sitzungen der Strukturkommission diskutiert wurde.

Es herrschte Konsens bis zur Verbesserung der Hallensituation keine Hallengebühren für die Sporthalle einzuführen. Im Zuge der Sanierung der Brühlsporthalle ist vom Gemeinderat erneut darüber zu beraten.

Es wird vorgeschlagen, eine Erhebung über die Einführung von Sporthallengebühren und deren Höhe im Kreis Esslingen und Göppingen durchzuführen

Gleichzeitig müssen Gespräche mit der AGRV und den Vereinen geführt werden.

Antrag Grüne/URB 2/2007

Altershomogene Kindergruppe für unter dreijährige

Wir beantragen eine altershomogene Kindergruppe für Unterdreijährige in dem ehemaligen Blumenstraßen-Kindergarten, weil der Mini-Kindi bereits belegt ist und dort viele ab September 2004 Geborene nicht mehr aufgenommen werden.

Antwort:

Zuständig: Frau Weidenbacher-Richter

Zusätzlich zur Betreuung im Mini-Kindi besteht für unter dreijährige Kinder die Möglichkeit der Aufnahme in altersgemischten Gruppen.

Mit dieser Art der Betreuung wird es berufstätige Eltern erleichtert, zu arbeiten, da wesentlich mehr Betreuungszeit möglich ist als im Mini-Kindi.

Bei der Einrichtung einer altershomogenen Gruppe ist mit einem Zuschussbedarf pro Jahr von mindestens 20.000 € zu rechnen.

Die Anregung kann im Rahmen der Bedarfsplanung diskutiert werden.

Anregung Grüne/URB 3/2007

Diskussion Kindertagesstätte

Die Kindertagesstätte würden Grüne/URB gerne in einer Ausschusssitzung diskutieren, insbesondere die Einführung des Orientierungsplans

Antwort:

Zuständig: Frau Weidenbacher-Richter

Im Rahmen der Verwaltungsausschusssitzung am 6. Februar 2007 wurden bereits einige Themen der derzeitigen Kindertagesstätte angesprochen.

Hinsichtlich des Orientierungsplans finden derzeit bei allen 3 Kindertagesstätte-trägern Schulungen der Fachkräfte statt.

Verbindlich eingeführt wird der Orientierungsplan ab dem Kindertagesstätte-jahr 2009/2010. Bis dahin haben die Kindertagesstätten Gelegenheit sich auf die Einführung vorzubereiten.

Die Verwaltung wird dem Gremium nach einer gewissen Zeit einen Zwischenbericht über die Erfahrungen der Erzieherinnen vorlegen.

Im Rahmen der Kindertagesstätte-bedarfsplanung besteht ebenfalls weitere Gelegenheit über die Kindertagesstätte-situation zu diskutieren.

Anfrage Grüne/URB 4/2007

Sanierung Zentrum Süd – Quartier am Rathaus

Höhenversatz von 40 Zentimetern im Bereich der neuen Tiefgarage.

Wir fragen, wer trägt hierfür die Verantwortung und die daraus entstehenden Kosten?

Antwort:

Zuständig: Frau Hollatz

Die Planung für das Seniorenbetreute Wohnen südlich des Rathauses ist mehrmals in einer Gemeinderatssitzung vorgestellt worden.

Der Höhenversatz resultiert einmal aus der vorgegebenen Höhe bei der Einfahrt aus der Stuttgarter Straße und zum zweiten aus der gesamten Gestaltung und Dimensionierung der Tiefgarage. Bei der Dimensionierung war die Zahl der notwendigen Stellplätze für die neue Bebauung und der Wunsch der Gemeinde nach Öffentlichen Stellplätzen ausschlaggebend. Diese Zahlen führten zu der Gesamtgröße der Tiefgarage und damit auch zu den Schnittstellen bei den Bestandsflächen am Rathaus.

Antrag Grüne/URB 5/2007

Sanierung Zentrum Süd - Rathausvorplatz

Wir beantragen eine aktuelle Information über den Stand der Planungen.

Antwort:

Zuständig: Frau Hollatz

In Abstimmung mit der bestehenden Arbeitsgruppe wurde die Vorstellung der Freiflächenplanung Ortsmitte und der Gestaltung des neuen Tiefgaragenausganges auf die Gemeinderatssitzung 13.02.2007 festgelegt.

Anregung Grüne/URB 6/2007

Historische Wegeverbindungen sind zu erhalten

Die Erhaltung unserer Infrastruktur - der Gehwege, Brücken und Straßen im gesamten Ortsgebiet - ist uns wichtig, auch dafür braucht die Gemeinde genügend Geld.

Historische Wegeverbindungen sind zu erhalten, damit Reichenbach nicht nur mit dem Auto erlebt werden kann.

Antwort:

Zuständig: Herr Ebinger

Für die Gemeindeverwaltung ist die Erhaltung sowie die Verbesserung der Infrastruktur einschließlich der historischen Wegeverbindungen ebenfalls sehr wichtig.

Vorschlag Grüne/URB 7/2007

Interkommunale Zusammenarbeit

Auch im Bereich der Datenverarbeitung wurde ein gemeinsamer Weg eingeschlagen, allerdings mit steigenden EDV-Kosten. Weitere Schritte auf dem Weg der interkommunalen Zusammenarbeit sind möglich. Die Verwaltungen sollten sie prüfen und vorschlagen.

Antwort:

Zuständig: Herr Häußermann

Die interkommunale Zusammenarbeit auf den unterschiedlichsten Gebieten wird seit Jahrzehnten diskutiert.

Folgende interkommunale Zusammenarbeiten wurden bereits realisiert:

- seit Jahren hat die Gemeinde Reichenbach an der Fils einen Vertrag mit der Stadt Plochingen hinsichtlich der Betreuung und Unterhaltung der EDV
- im Jahr 1996 wurde der Zweckverband „Abwasserverband Kläranlage Reichenbach an der Fils“ gegründet, der die öffentliche Vereinbarung über die Abwasserbeseitigung zwischen den Städten und Gemeinden Ebersbach, Hochdorf, Plochingen und Reichenbach vom Jahr 1980 statusmäßig verfestigt hat
- im Jahr 2004 wurde der Zweckverband „Bauhof Reichenbach-Hochdorf“ gegründet, bei dem ein weiterer Schritt zur interkommunalen Zusammenarbeit getätigt wurde

Die Verwaltung hat im Jahr 2005 die unterschiedlichsten Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit in der Drucksache 042/2005 dargestellt. Da der seitherige Gemeindeverwaltungsverband, dem die Gemeinden Reichenbach an der Fils, Hochdorf, Baltmannsweiler und Lichtenwald angehören, kein eigenes Personal hat, wurde entsprechend dem Weilheimer Vorbild vorgeschlagen, den Gemeindeverwaltungsverband in eine vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft umzuwandeln, bei der z. B. die Gemeinde Reichenbach an der Fils als erfüllende Gemeinde für die umliegenden Gemeinden zusätzliche Tätigkeiten verrichten kann.

Diese vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft hat den Vorteil, dass einseitige Kündigungen von Verträgen kurzfristig nicht möglich sind und die erfüllende Gemeinde dadurch nicht in eine überdimensionale Personalvorhaltung kommt, die hiermit entstehen könnte.

In jüngster Zeit sind weitere Bestrebungen vorhanden, die Mitglieder des Zweckverbands Bauhofs auszuweiten, bzw. über das Arbeitsgebiet des Zweckverbandes Bauhof hinaus zusätzliche Aufgaben hinsichtlich einer rationaleren Aufgabenerledigung auszuweiten.

Im ständigen Kontakt mit den umliegenden Städten und Gemeinden wird regelmäßig die gemeinsame Aufgabenerledigung auf interkommunaler Ebene in den unterschiedlichsten Aufgabenfeldern der Gemeindeverwaltungen diskutiert und beraten.

Soweit entsprechende interkommunale Zusammenarbeiten konkretisiert werden können, wird das Gremium rechtzeitig vorher informiert.